

Einerseits, so lässt sich nun zusammenfassen, war die menschenrechtliche Tradition der Vereinigten Staaten schon früh in der Verfassung verankert und konnte sich trotz vieler Widerstände weiterentwickeln; andererseits gehören die antiliberalen, auf Konzentration von Macht in Staat und Wirtschaft setzenden Ideen ebenso zur Tradition und zur Verfassung wie das Ideal gleicher Freiheit für alle Bürger. Aufgrund dessen birgt die Verfassung der USA, obwohl sie noch heute zu einer der freiheitlichsten der Welt gerechnet werden muss, einen Grundwiderspruch: den zwischen dem föderalistisch bestimmten Aufbau der politischen Institutionen und den antiföderalistisch bestimmten *Amendments* der *Bill of Rights*.

Die Absicht der föderalistischen Verfassungskonstrukteure war es, eine Großmacht aufzubauen, die sich auf dem Weltmarkt durch ein Bündnis von staatlicher, militärischer und industrieller Macht durchsetzen sollte. Das gelang ihnen. Zugleich boten die *Amendments* den Vorkämpfern der individualistischen Moderne eine konstitutionelle Basis, um die »industrialistische« Moderne immer wieder in die Schranken zu weisen.

#### 5.4 Differenzen in den Lagern der Föderalisten und der Antiföderalisten

Um ein der Wirklichkeit getreues Bild von der politischen Situation in den USA zur Zeit ihrer Gründung zu gewinnen, müssen wir nicht allein das Denkschema von den sozialökonomisch »modernen« Föderalisten auf der einen und den wirtschaftspolitisch »antimodernen« Antiföderalisten auf der anderen Seite überwinden, sondern auch die Geschlossenheit des einen wie des anderen Lagers in Frage stellen. Dass es diese Lager gab, steht außer Zweifel; doch zum Verständnis der Vorgänge bedarf es einer gehörigen Präzisierung.

Die Föderalisten konnten so mächtig nur werden, weil sie nicht bloß die Interessen einer Clique einflussreicher Funktionäre und Kapitalisten vertraten. Die Unterstützung, die sie, zumindest zeitweise, von Handwerkern, Kaufleuten und Farmern bekamen, sollte nicht als Resultat reiner Propaganda diskreditiert werden. Ihre Zustimmung wirft vielmehr die Frage auf, welche Unterschiede von Interessen und Wertvorstellungen bei den Föderalisten bestanden. Die Antiföderalisten wiederum waren von Differenzen gekennzeichnet, die für die hier geschilderten historischen Prozesse noch wichtiger sind. Denn ihr Lager bildete keine homogene Partei; es handelte sich eher um ein Bündnis heterogener Kräfte, die sich durch den Kampf gegen die zentralistische Konterrevolution geeint wussten.<sup>25</sup> Die Vorstellung von einem einheitlichen Lager der »Verfassungsfeinde« wurde von der Propaganda

---

25 Zu diesem Thema siehe Robert L. Brunhouse: *The Counter-Revolution in Pennsylvania, 1776–1790*, Phil. Diss., Philadelphia/Pennsylvania 1942, Reprint, New York 1971.

der Föderalisten genährt, weil sich der Gegner durch ein solches Bild leichter fassen ließ.

Wenn uns aber die Geschichte als ein offener Prozess interessiert, müssen wir uns den Unterschieden wie den Gegensätzen in den Reihen der beiden Lager zuwenden. Auf den ersten Blick lässt sich die Position des starken Liberalismus leicht bei den Antiföderalisten, die des schwachen Liberalismus leicht bei den Föderalisten verorten. Auf den zweiten Blick aber stellt sich die Sache anders dar. Obwohl die Existenz eines zentralistischen Großstaats und die Geltung von Menschen- und Bürgerrechten einander eigentlich ausschließen, müssen Regionalismus und Feindschaft gegenüber größeren staatlichen Strukturen keinesfalls mit einem Eintreten für die Universalität von Menschen- und Bürgerrechten einhergehen. Und obwohl der starke Liberalismus unter den Antiföderalisten verbreitet war, bedeutet dies nicht, dass alle Antiföderalisten in Bezug auf universelle Menschenrechte eine radikale Position einnahmen.

In Wirklichkeit gab es unter den Antiföderalisten auch solche, die von stark religiösen, tugendrepublikanischen Vorstellungen geprägt waren und die den zentralistischen Großstaat auf Grundlage ebendieser konservativen, antimodernen Haltung kritisierten. Ferner gab es solche, die im Gewand der Tradition lediglich ihre wirtschaftlichen Interessen vertraten und daher mehr Wachstum verlangten. Zu dieser Gruppe zählten etwa Besitzer und Betreiber großer Farmen in den Südstaaten, wo mit der Hilfe von Sklaven Güter für den Weltmarkt produziert wurden. Es sei daran erinnert, dass man in den jungen USA die agrarische Produktion für ebenso zukunftsweisend hielt wie später die industrielle Produktion.

Diese antiliberalen Regionalisten fürchteten den Großstaat, weil sie nicht wollten, dass politisch höhere Instanzen ihren Partikularinteressen Grenzen setzen könnten. Oft verteidigten sie ein Vorgehen, das sie zwar vom Recht auf Selbstbestimmung gedeckt sahen, das aber in der Praxis nichts anderes bedeutete als ihre Freiheit, anderen die Freiheit zu rauben. So wollten die antiliberalen Regionalisten zum Beispiel das Recht behalten, Andersgläubigen Menschen- und Bürgerrechte zu verweigern. Auch wollten sie ihren regionalen Protektionismus nicht aufgeben, wollten also von außen kommenden Gewerbetreibenden durch Zölle, ja durch Einfuhrverbote die Marktfreiheit verwehren. Nicht zuletzt beharrten sie auf dem Recht, Sklaven zu halten. – Da es im Kampf der Föderalisten und der Antiföderalisten darum ging, Mehrheiten zu gewinnen, machten beide Lager in den auf die Verabschiedung der Verfassung folgenden Wahlkämpfen den antiliberalen Regionalisten teils verbale, teils reale politische Zugeständnisse. Die oben skizzierten, eher idealtypischen Positionen wurden auf diese Weise überlagert.